

Presseinformation

Kiel, den 19.06.2025

Es gilt das gesprochene Wort

Jette Waldinger-Thiering

TOP 22 Kürzungen beim WiPo-Unterricht schnellstmöglich zurücknehmen

Drs. 20/3302

„Wenn sie es wirklich ernst meinen, dann nehmen sie - wie angekündigt - die Kürzungen in der Oberstufe zurück und führen sie die sechs Jahresstunden WiPo in der SEK I noch in dieser Legislatur ein.“

Auch heute fordern wir wiederholt, dass der WIPO-Unterricht in den Kontingentstundentafeln der Sekundarstufe I, an den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien mit einem verpflichtenden Mindestkontingent von sechs Jahreswochenstunden ausgestattet sein muss. Des Weiteren muss an den Oberstufen aller weiterführenden Schulen vor Allem auch an den Beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein das Fach WiPo auf einem guten und verlässlichen Niveau verpflichtend unterrichtet werden.

Der Ministerpräsident hat den Schülern auf der „dialogP“ Veranstaltung am 4. Juni in Gettorf gut zugehört. Schülerinnen und Schüler finden die Kürzung beziehungsweise die Streichung des Pflichtfaches Wirtschaft und Politik in der Oberstufe nicht gut.

Sie hatten gute Argumente und Erklärungen warum Wirtschaft und Politik Unterricht für sie als Schülerinnen und Schüler wichtig ist. Da konnte auch Daniel Günther den Schülerinnen und Schüler nur Recht geben, dass die Kürzung bei dem Fach WIPO unklug ist.

Wir hatten fast die Hoffnung, dass man jetzt auch in der Regierung zu der Erkenntnis gekommen ist- dass man bei Bildung nicht sparen sollte.

Sogar die Grünen sind plötzlich wach geworden und feiern sich selbst für zwei Stunden zusätzlich ab der 7 Klasse- die aber erst nach dieser Legislatur eingeführt werden sollen.

Jetzt wird auch noch ein gesamtgesellschaftlicher Pakt für Demokratie angekündigt. Was soll das denn werden?

Wir haben doch schon über Demokratiebildung gesprochen und am Ende ist der erste konkrete und naheliegende Schritt, die Stärkung des WiPo- Unterrichts. Also wenn sie es wirklich ernst

meinen, dann nehmen sie - wie angekündigt - die Kürzungen in der Oberstufe zurück und führen sie die sechs Jahresstunden WiPo in der SEK I noch in dieser Legislatur ein.

Wir unterstützen die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Bildung an Schulen und möchten lobend auf das Engagement vieler Schulen hinweisen, die sich bemühen Formate wie „dialogP“ und somit praxisnahe politische Bildung an die Schulen zu bringen.

Aber damit dies nicht von dem freiwilligen Engagement einer Lehrkraft abhängt, muss die politische und wirtschaftliche Bildung an Schulen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Das fordert der SSW schon seit Jahren!

Seitens des Ministeriums wird immer betont, dass in Schleswig-Holstein schon mehr WiPo unterrichtet wird, als in anderen Teilen Deutschlands und mehr als die KMK empfiehlt. Das ist auch wichtig und nötig – hier muss man Prioritäten setzen.

Die aktuellen Krisen und Kriege auf der Welt prägen unsere Kinder und auch Jugendumfragen bestätigen, dass unsere Jugend sehr verunsichert ist. Die Situation macht unseren Kindern und Jugendlichen besonders anfällig für politische und radikale Parolen und Ansichten die Sicherheit und einfache Lösung versprechen.

Bei uns in Schleswig-Holstein haben über 80 % der Jugendlichen nicht die AFD gewählt. Das Bild passt zu den Ergebnissen der ICC-Studie, die gezeigt hat, dass die Schülerinnen und Schüler unserer achten Klassen in Schleswig-Holstein in Hinblick auf Demokratiebildung im Ländervergleich ganz gut aufgestellt sind.

Politische und wirtschaftliche Bildung sowie die Demokratiebildung und Partizipation junger Menschen sind existenziell für unser politisches System.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich hoffe, Sie und Ihre Koalitionsfraktionen hören uns hier im Plenum zu und machen ihre Ankündigungen der letzten Woche trotzdem wahr und stärken den Wirtschafts- und Politikunterricht an den Oberstufen der Schulen in Schleswig-Holstein.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>